Stadt Osnabrück

Verordnung
über das Landschaftsschutzgebiet „Kultur- und Landschaftspark Piesberg in der Stadt Osnabrück“
vom 5. 11. 2019


§ 1 Landschaftsschutzgebiet

(1) Das in den Absätzen 2 und 3 näher beschriebene Gebiet wird zum Landschaftsschutzgebiet (LSG) erklärt. Es führt die Bezeichnung „Kultur- und Landschaftspark Piesberg in der Stadt Osnabrück“. 


§ 2 Charakter und Schutzzweck

(1) Das LSG wird in seinem Charakter mit seinen qualitäts- und identitätsbestimmenden Faktoren in der Anlage 1 detailliert beschrieben. Diese ist Bestandteil der Verordnung.

(2) Schutzzweck der Verordnung ist, das im Absatz 1 in der Anlage 1 beschriebene LSG mit seiner typischen Gebietscharakteristik zu erhalten und zu entwickeln. Die Entwicklung ist an dem durch folgenden Kernaussagen formulierten Leitbild auszurichten:

- Der Kultur- und Landschaftspark Piesberg ist ein Ort für eine landschaftsgebundene und naturschonende Erholungsnutzung, in dem das Erleben und die zeitgemäße Vermittlung von kulturhistorischen und naturwissenschaftlichen Phänomenen im Vordergrund steht.
- Die weitere Entwicklung des Kultur- und Landschaftsparks Piesberg ist auf den Erhalt und die Stärkung der bestehenden Identität sowie der vorhandenen kulturhistorischen und landschaftlichen Qualitäten auszurichten.

(3) Die Erklärung zum LSG bezweckt insbesondere:

1. die Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes. Dazu gehört insbesondere
   a) die nachhaltige Sicherung der durch Sukzession entstandenen Wilder und Gehölzbestände,
   b) die nachhaltige Sicherung des nutzungsbedingt entstandenen Mosaiks verschiedenster Lebensräume piesbergtypischer Tier- und Pflanzenarten,
   c) die Schaffung/Wiederherstellung von Offenlandbiotopen in enger mosaikartiger Verzahnung unterschiedlicher Sukzessionstadien.

2. die Erhaltung und Entwicklung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie die Erhaltung der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft. Dazu gehört insbesondere
   a) die Erhaltung des nutzungsbedingt entstandenen typischen Reliefs der Landschaft,
   b) die Erhaltung der vielfältigen in dem Landschaftsteil anzutreffenden Zeugnisse der Kulturgeschichte sowie die Entwicklung der Erlebbarkeit derselben,
   c) die Freihaltung des Kultur- und Landschaftsparks von dem Leitbild entgegenstehenden störenden Bauobjekten,
d) die Freihaltung des Kultur- und Landschaftsparks von dem Leitbild entgegenstehenden störenden Sport- und sonstigen Freizeitnutzungen.

3. die Erhaltung und Entwicklung der besonderen Bedeutung des Landschaftstelles Piesberg für die landschaftsgemündete ruhige Erholung und für die Umweltbildung.

4. die Freihaltung und die Sicherung der geologischen Aufschlüsse.

§ 3 Verbotsbestimmungen

(1) Im LSG sind alle Handlungen verboten, die den in § 2 Absatz 1 beschriebenen Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck gemäß § 2 Absatz 1 und 2 der Verordnung zuwiderlaufen, soweit sie nicht nach § 4 erlaubnispflichtig oder nach § 5 freigestellt sind.

(2) Im LSG ist es insbesondere verboten:

1. die Natur oder den Naturzustand durch Lärm, Licht oder auf andere Weise zu stören oder zu beeinträchtigen,


4. außerhalb von Wald, landwirtschaftlich genutzten Flächen und der von der Hochschule betriebenen Versuchsstationen andere als geobotanische Pflanzen auszubringen (Gehölze, Stauden, Saatgut).

§ 4 Erlaubnisvorbehalte

(1) Im LSG bedürfen alle Handlungen, die den in § 2 Absatz 1 beschriebenen Charakter des Gebietes verändern können oder dem Schutzzweck gemäß § 2 Absatz 1 und 2 zuwiderlaufen können und nicht gemäß § 3 verboten oder gemäß § 5 freigestellt sind, der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde. Die Erlaubnis wird durch eine nach anderen Vorschriften notwendige Gestattung ersetzt, wenn diese im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde erteilt wird.

(2) Im LSG bedarf es insbesondere der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde:

1. bauliche Anlagen aller Art zu errichten, äußerlich wesentlich zu verändern oder rückzubauen, auch wenn die Maßnahme keiner baurechtlichen Genehmigung bedarf oder nur vorübergehender Art ist.

2. wasserwirtschaftliche oder wegebautliche Maßnahmen durchzuführen.

3. Ver- und Entsorgungseinrichtungen zu ersetzen, wesentlich zu verändern oder rückzubauen.

4. Landschaftselemente wie Felsbildungen, Findlinge, Teiche und Tümpel zu beseitigen oder zu verändern.

5. Kraftfahrzeuge (außer e-bikes und motorisch betriebene Rollläufe) auf nicht befestigten Wegen zu fahren oder auf nicht dafür ausgewiesenen Plätzen zu parken.

6. das Relief (auch das Kleinformrelief) durch Aufschüttungen, Verfüllungen, Abgraben oder Ab- und Zwischenlagerungen zu verändern.

7. Veranstaltungen durchzuführen.

(3) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die geplante Maßnahme geeignet ist, den Charakter des Schutzgebiets zu verändern oder wenn sie dem Schutzzweck zuwiderläuft. Die Erlaubnis kann unter Nebenbestimmungen erteilt werden, die der Abwendung oder dem Ausgleich der im Satz 1 genannten Auswirkungen dienen.

§ 5 Freistellungen

(1) Die im Absatz 2 aufgeführten Handlungen oder Nutzungen sind von den Verboten gemäß § 3 freigestellt und bedürfen keiner Erlaubnis gemäß § 4.

(2) Freigestellt sind:

1. die bisherige rechtsmäßige Nutzung sowie die Nutzungen, auf deren Ausübung bei Inkrafttreten dieser Verordnung ein durch behördliche Zulassung begründeter Anspruch bestand,

2. der ordnungsgemäße Gesteinsabbau aufgrund bestehender und zukünftiger Abbaugenehmigungen einschließlich der Benutzung dazu nötiger Anlagen und Betriebssäiten,

3. die rechtsmäßige Nutzung der Wohnhausgrundstücke und der Hofgrundstücke im Wohn- und Gartenbereich,

4. das Befahren des Gebietes mit Kraftfahrzeugen durch Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstückesflächen im Verordnungsgebiet sowie deren Beauftragte zur rechtsmäßigen Nutzung/Bewirtschaftung der Grundstücke,

5. das Befahren des Gebietes mit Kraftfahrzeugen durch Bedienstete der Behörden und anderer öffentlicher Stellen zur Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben,

6. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf den rechtsmäßig dafür genutzten Flächen nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis gemäß § 5 Absatz 2 BNatSchG; nicht freigestellt ist der Neubau von Wirtschaftswegen,

7. die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bewirtschaftung auf den rechtsmäßig dafür genutzten Flächen nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis gemäß § 5 Abs. 3 BNatSchG und des § 11 Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) ein-schließlich wegebautlicher Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen sowie die Errichtung und Unterhaltung von Zäunen und Gattern und sonst erforderlichen Anlagen; nicht freigestellt ist der Neubau von Wegen,
1. entgege§ 3 dieser Verordnung ohne naturschutz-
rechtliche Befreiung Handlungen vornimmt, die
den Charakter des Gebietes verändern oder die
dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

2. entgegen § 4 dieser Verordnung ohne Erlaubnis
Handlungen vornimmt, die den Charakter des Ge-
bietes verändern oder die dem Schutzzweck zuwi-
derlaufen.

3. gegen eine vollziehbare Nebenbestimmung nach
§ 4 Absatz 3 dieser Verordnung verstößt.

(2) Die jeweilige Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 43
Absatz 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu
25.000 € geahndet werden.

§ 7
Bestehende Schutzgebiete

(1) Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen
in den Landkreisen Bersenbrück, Osnabrück, Melle
und Wittlage („Naturpark Nördlicher Teutoburger
Wald – Wiehengebirge“, vom 15. 05. 1965) wird im
Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.
Der räumliche Geltungsbereich der Verordnung
zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkrei-
sen Bersenbrück, Osnabrück, Melle und Wittlage
wird eingeschränkt und entsprechend der Eintra-
gung der Grenzen in der beiliegenden Detailkarte
(Anlage 3) neu festgesetzt. Die Größe des Land-
schaftsschutzgebietes „Naturpark Nördlicher Teuto-
burger Wald – Wiehengebirge“ verringert sich um
c. 88 ha.

(2) Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen
und Landschaftsbestandteilen im Gebiet der Stadt
Osnabrück vom 31. 10. 1966 wird im Geltungsbe-
reich dieser Verordnung aufgehoben. Der räumli-
che Geltungsbereich der Verordnung zum Schutze
von Landschaftsteilen und Landschaftsbestandtei-
len im Gebiet der Stadt Osnabrück wird im Teilge-
biet IV eingeschränkt und entsprechend der beilie-
genden Detailkarte (Anlage 4) neu festgesetzt. Die
Größe des Geltungsbereiches der Verordnung zum
Schutze von Landschaftsteilen und Landschaftsbe-
standteilen im Gebiet der Stadt Osnabrück verring-
erg sich um ca. 152 ha. Gleichzeitig wird das Teil-
gebiet IV umbenannt in LSG „Haster Berg – Klee-
berg“.

§ 8
Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntma-
chung im Amtsblatt für die Stadt Osnabrück in Kraft.

Osnabrück, den 5. 11. 2019
Stadt Osnabrück
Wolfgang Griesert
Oberbürgermeister
Verordnung
über das Landschaftsschutzgebiet „Kultur- und Landschaftspark Piesberg in der Stadt Osnabrück“
vom 05. 11. 2019

Anlage 1
Beschreibung des Landschaftsschutzgebietes (Gebietscharakter)

Landschaftsraum Piesberg

Qualitäts- und identitätsbestimmende Faktoren

Erd- und Landschaftsgeschichte


Kulturgeschichte


Naturentwicklung


Die Entwicklung der Vegetation ist am Piesberg durch das Nebeneinander unterschiedlicher Altersstadien gekennzeichnet. Seit Beginn des Gesteinsabbaus werden große Mengen an gebrochenem Material umgelagert.


Erlebbarkeit


Im Gegensatz zu dem Erlebnis, in das Innere des Berges vorzustoßen, bieten der Südstieg und die Aussichtsplattform auf der Felsrippe als vergleichweise neue Einrichtung den Blick auf die Oberfläche, die geologischen Schichten im Steinbruch und die Wahrnehmung der unterschiedlichen Höhenstufen des Piesbergs und des Osnabrücker Berglandes.


Landschaftsbezogene Erholung

Für die Erholungsmögliche spielen neben der wahrge- nommenen Landschaftsqualität, die durch Kriterien wie Eigenart und Schönheit bestimmt werden, weitere Faktoren eine Rolle. So sind die Erlebbarkeit und die Zugänglichkeit für die Nutzung als Naherholungsge- biet von großer Bedeutung. Auch die bestehenden Infra- struktureinrichtungen in Verbindung mit guten Orientierungsmöglichkeiten bestimmen die vornehmlich nutzungsbezogenen Qualitäten. Je nach Art der Nutzung sind die Ansprüche jedoch sehr unterschiedli- ch.


Landschaftsschutzgebiet "Kultur- und Landschaftspark Piesberg in der Stadt Osnabrück"

Anlage 2

Karte zur Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Kultur- und Landschaftspark Piesberg in der Stadt Osnabrück"
vom 05.11.2019

Maßstab 1:7.000
Kartengrundlage: AK 5

STADT OSNABRÜCK
Wolfgang Griesert
Oberbürgermeister
Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den LK Bersenbrück, Osnabrück, Melle und Wittlage
LSG "Naturpark Nördl. Teutoburger Wald - Wiehengebirge" im Gebiet der Stadt Osnabrück

Geltungsbereich

- aufgehobene
- LSG "Naturpark ..."

Anlage 3
zur Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Kultur- und Landschaftspark Piesberg in der Stadt Osnabrück"
vom 05.11.2019

Maßstab 1:10.000
Kartengrundlage: AK 5

STADT OSNABRÜCK
Wolfgang Griesert
Oberbürgermeister